

Kritik nach Spahns Vorstoß für mehr Freiheiten nach Impfung

„Scheindebatte“, „im Moment gilt es, erst mal die dritte Welle zu brechen“: Opposition sieht in Plänen des Gesundheitsministers derzeit keine Priorität. Staatsrechtler hält Debatte dagegen für „überfällig“

VON HANNELORE CROLLY

Ohne Corona-Test zum Einkaufen, zum Friseur oder sogar für eine Urlaubsreise ins Flugzeug? Die Pläne von Jens Spahn (CDU), gegen das Coronavirus Geimpften wieder mehr Freiheitsrechte zurückzugeben, haben auch Kritik am Bundesgesundheitsminister hervorgerufen.

Als Ablenkungsmanöver bewertete der gesundheitspolitische Sprecher der Linkspartei, Achim Kessler, den Vorstoß. „Es spricht nichts dagegen, erfolgreich geimpfte Menschen zu behandeln wie Menschen mit einem negativen Test“, sagte er WELT. Doch solange nur ein geringer Teil der Bevölkerung geimpft sei, sei dieses Vorhaben für die meisten Menschen „irrelevant“. „Ich fordere Gesundheitsminister Spahn auf, endlich damit aufzuhören, mit Scheindebatten von seinem Versagen abzulenken“, so Kessler. Für die Grünen-Fraktion im Bundestag mahnte die Berichterstatterin für Infektionsschutz, Kordula Schulz-Asche, dass in der aktuell höchst kritischen Situation andere Fragen Priorität haben müssten. „Natürlich müssen wir darüber nachdenken, wie wir mit einer steigenden Zahl an Geimpften wieder zum normalen Leben zurückkehren. Aber im Moment gilt es erst mal, die dritte Welle zu brechen und durch den Lockdown zu kommen.“ Auch die AfD-Fraktionschefin Alice Weidel kritisierte Spahn. Statt „immer neue Ideen für weitere Freiheitseinschränkungen“ zu entwickeln, müsse die Bundesregierung das „Impfchaos“ beseitigen und die Risikogruppen schützen. „Wir brauchen keine ‚Lockerungen‘ für wenige Geimpfte, sondern schnellstmöglich für alle Bürger ein Ende des wirtschaftlich und gesellschaftlich immer verhängnisvolleren Lockdowns“, sagte Weidel.

Thorsten Frei (CDU), Vizechef der Unionsfraktion, betonte: „Grundsätzlich ist nicht die Ausübung von Grundrechten, sondern ihre Einschränkung begründungsbedürftig.“ Wenn wissenschaftlich ohne jeden Zweifel erwiesen sei, dass geimpfte Personen nicht mehr zum Überträger der Krankheit werden könnten, gebe es weder Möglichkeit noch Grund, sie in „elementaren Rechten“ einzuschränken. „Wir sollten dabei auch nicht missgünstig auf die Freiheiten schauen, in deren Genuss dann in den nächsten Wochen insbesondere ältere Menschen oder Menschen mit Vorerkrankungen kämen, die in den letzten Monaten besonders unter der Pandemie gelitten haben“, so Frei.

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Stephan Thoma, stimmte Spahn zwar inhaltlich zu, betonte aber zugleich die Bedeutung von Grundrechten. „Diese sind keine Privilegien oder Vorrechte, sondern individuelle Garantien, die das Grundgesetz jedem Einzelnen garantiert“, sagte er. „Wenn von Geimpften keine Gefahr mehr ausgeht, dann gibt es auch keinen Grund mehr, ihre Freiheit einzuschränken.“

Das bestätigte auch Steffen Augsberg, Rechtsprofessor an der Universität Gießen. „Wenn die Begründung für eine Freiheitsbeeinträchtigung entfällt, weil etwa eine angenommene Ansteckungsgefahr weitgehend ausgeschlossen ist, dann dürfen nicht nur, dann müssen Grundrechtsbeschränkungen zurückgenommen werden“, sagte er. Deswegen sei auch die Debatte über die Immunitätsnachweise im vergangenen Jahr richtig gewesen – auch wenn diese „leider weitgehend im Sande verlaufen sei“. Augsberg nannte es „überfällig“, dass Spahn „diesen gedanklichen Faden“ wieder aufnehme.

Laschet dringt auf neuen „Brücken-Lockdown“

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) dringt angesichts der dritten Corona-Welle auf einen neuen „Brücken-Lockdown“ und das **Vorziehen der bislang für kommenden Montag geplanten nächsten Ministerpräsidentenkonferenz.** Die Kontakte im Privaten, aber auch am Arbeitsplatz müssten weiter verringert werden, möglicherweise auch durch Ausgangsbeschränkungen. Laschet sprach von einer „Ausnahmesituation“.